dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin

hauptstadt magazin

Dezember 2013

Grundsatzgespräch mit den stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Ferdinand Horbat und Bernd Raue, Innensenator Frank Henkel, dem Vorsitzenden des dbb berlin, Frank Becker, dem stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Bodo Pfalzgraf und dem Berliner BSBD-Vorsitzenden Thomas Goiny (v. l. n. r.)

Schluss mit der Verzögerungstaktik!

Die lange aufgestauten beamtenpolitischen Probleme – insbesondere die Benachteiligung der Berliner Beamtinnen und Beamten bei der Bezahlung – müssen endlich angepackt und für die Beschäftigten zufriedenstellend gelöst werden. Das hat der dbb berlin in dem beamtenpolitischen Grundsatzgespräch mit Innensenator Frank Henkel am 13. November 2013 gefordert.

Mehr Informationen Seite 2/3

Beamtenpolitisches Grundsatzgespräch mit Innensenator Henkel

Lange Leitung in der Klosterstraße

Mangelhafte Wertschätzung für die Beschäftigten des Landes Berlin und eine ausgesprochen zögerliche Behandlung beamtenpolitischer Probleme hat der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) beim beamtenpolitischen Grundsatzgespräch mit dem Bürgermeister und Senator für Inneres und Sport, Frank Henkel, am 13. November 2013 kritisiert.

Als nicht länger hinnehmbare Verzögerungstaktik auf dem Rücken der Beschäftigten müsse insbesondere die immer noch ausstehende Abschaffung der Praxisgebühr gewertet werden. Frank Becker, Landesvorsitzender des dbb berlin, verwies in diesem Zusammenhang auf ein nur wenige Tage zurückliegendes Gespräch der dbb Landesleitung mit Finanzsenator Nußbaum, der von einer rückwirkenden Abschaffung der Praxisgebühr ausging. Allerdings lagen ihm zu dem Zeitpunkt des Gesprächs weder Vorschläge zur Finanzierung der Rückzahlung für 2013 vor, noch hatte man sich offenbar entsprechende Gedanken für 2014 gemacht. Innensenator Henkel teilte mit, dass zur Frage der Praxisgebühr noch ein Chefgespräch am 10. Dezember 2013 zwischen dem Regierenden Bürgermeister, dem Innensenator und dem Finanzsenator ausstehe.

„Wir müssen bedauerlicherweise feststellen, dass – insbesondere bei der Abschaffung der Praxisgebühr – durch den Senat eine inakzeptable Verzögerungstaktik an den Tag gelegt wird und zwar auf dem Rücken der Beschäftigten des Landes Berlin“, bewertet Frank Becker diesen Vorgang.

Rechtswidrige Verfahrensweise bei Mehrarbeit

Der stellvertretende Landesvorsitzende des dbb berlin, Bodo Pfalzgraf, machte im weiteren Verlauf des Gesprächs darauf aufmerksam, dass sich die Anzahl der Bereiche, in denen regelmäßig Mehrarbeit geleistet wird, durch Arbeitsverdichtung und Personalmangel erhöht. Grundsätzlich seien Beamtinnen und Beamte zwar gem. § 53 Abs. 1 Landesbeamtengesetz verpflichtet, über die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit hinaus ohne Vergütung Dienst zu leisten, allerdings müssten dazu zwei wesentliche Voraussetzung vorliegen:

> 1. Zwingende dienstliche Verhältnisse müssen dies erfordern und

> 2. die Mehrarbeit muss sich auf Ausnahmefälle beschränken.

Nach Auffassung des dbb berlin leisten viele Kolleginnen und Kollegen aber so regelmäßig Mehrarbeit, dass dies keinen Ausnahmefall mehr darstellt.

Außerdem muss der Ausgleich von Mehrarbeit eindeutig ab der 5. Stunde (also ab der ersten Minute) erfolgen und nicht nach kaufmännischen Rundungsregeln unzulässig auf 5 Stunden und 30 Minuten ausgedehnt werden. Der Innensenator sagte eine umfassende Prüfung des Vorganges zu.

Schlechte Informationspolitik der Zentralen Beihilfestelle

Der dbb berlin kritisierte gegenüber dem Innensenator auch die schlechte Informationspolitik der Zentralen Beihilfestelle, die ohne jegliche vorherige öffentliche Ankündigung die sogenannte Festkostenregelung für Arznei- und Verbandsmittel rückwirkend zum 1. September 2013 angewandt hat. So dürfe nicht mit Beschäftigten umgegangen werden. (Siehe hauptstadt magazin November 2013).

Die Innenverwaltung verwies in diesem Zusammenhang lediglich auf die geltende Rechtslage.

Mangelnde Beteiligung der Spitzenverbände

Aufs Schärfste kritisiert hat die dbb Landesleitung in dem Spitzengespräch die mangelnde Beteiligung des dbb berlin im Zusammenhang mit dem neuen Gesetz über die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer im Land Berlin. Hierzu hatte der dbb berlin eine umfangreiche Stellungnahme gegenüber der Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Sandra Scheeres, abgegeben, musste dann aber aus einer Senatsveröffentlichung erfahren, dass der Senat einen entsprechenden Entwurf bereits beschlossen und dem Abgeordnetenhaus von Berlin vorgelegt hat. Bis zum heutigen Tage habe es weder eine Erörterung mit beziehungsweise eine Rückmeldung durch Senatorin Scheeres gegeben. Frank Becker bekräftigt, dass der dbb berlin dies nicht als ordnungsgemäße Beteiligung gem. § 83 Landesbeamtengesetz verstehen könne und bat den Innensenator, den Vorgang im Senat zu hinterfragen.

Fehlende Besoldungsperspektive erneut kritisiert

Zum Abschluss des Gesprächs ließ es sich Frank Becker nicht nehmen, den Innensenator einmal mehr auf die fehlende Besoldungsperspektive für die Beamtinnen und Beamten, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Landes Berlin hinzuweisen. Die Initiativen des dbb berlin hätten bereits dazu geführt, dass die dbb Forderungen an den Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses weitergeleitet wurden. (Siehe Seite 4 in dieser Ausgabe).

Auch in dem Gespräch mit Finanzsenator Dr. Nußbaum wurde diese mangelnde Wertschätzung für die Arbeit der Beamtinnen und Beamten kritisiert.

Besoldungsperspektive 2017:

Petitionsausschuss eingeschaltet

Der Petitionsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses wird sich jetzt mit den Fragen der Besoldungsanpassung befassen. Das haben die auf eine gerechte Bezahlung der Berliner Beamtinnen und Beamten gerichteten Eingaben des dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) bei allen Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses bewirkt.

Im August dieses Jahres hatte sich der dbb berlin – gemeinsam mit den Fachgewerkschaften des Landesdienstes – in einem offenen Brief an jeden Abgeordneten des Abgeordnetenhauses von Berlin gewandt und über die berechtigte Wut der Beamtinnen und Beamten über die geplante Besoldungserhöhung von lediglich 2,5 Prozent für die Jahre 2014 und 2015 informiert. Verschärft werde der Unmut noch dadurch, dass diese Erhöhung jeweils erst im August fällig sein soll.

In dem Schreiben wurde ferner die Ignoranz des Senats kritisiert, der die gute Arbeit seiner Beamtinnen und Beamten mit Füßen trete. Vor diesem Hintergrund appellierte der dbb berlin an die Abgeordneten, die berechtigten Interessen der Staatsdiener, die keine Sondersparschweine Berlins mehr sein wollen, nicht zu vergessen. „Das Warten auf eine angemessene Angleichung der Gehälter muss endlich ein Ende haben“, hieß es wörtlich in dem offenen Brief.

In der Folge gingen beim dbb berlin zahlreiche Rückmeldungen aus dem Kreise der Abgeordneten ein. Teilweise wurde Verständnis für die Forderungen des dbb berlin signalisiert, teilweise aber auch erneut auf die schlechte Haushaltslage des Landes verwiesen und eine weitere Erhöhung als derzeit unmöglich eingeschätzt.

Gesprächsoffensive des dbb berlin

Für den dbb berlin war und ist es in dieser Situation wichtig, weiter am Ball zu bleiben: In diversen Gesprächen mit Senatsmitgliedern – an der Spitze mit dem Regierenden Bürgermeister – sowie mit Vertretern aller Fraktionen des Abgeordnetenhauses hat er deshalb immer wieder seine Positionen verdeutlicht und eine verlässliche Besoldungsperspektive bis 2017 eingefordert. Diese Perspektive wird zusätzlich zu den angekündigten Erhöhungen von 2,5 Prozent in 2014 und 2015 erwartet, die aller Voraussicht nach in Kürze per Gesetz manifestiert werden. Die Regierungskoalition ist hier jedenfalls bei den Beamtinnen und Beamten im Wort.

Präsident des Abgeordnetenhauses erwartet faire Beratungen

Bei den jetzt bevorstehenden Beratungen des Petitionsausschusses über eine weitergehende Besoldungsanpassung für die Berliner Beamtinnen und Beamten erwartet der Präsident des Abgeordnetenhauses, Ralf Wieland, faire Diskussionen. Gegenüber dem dbb berlin zeigte er sich überzeugt, dass das Anliegen der Beamtinnen und Beamten die erforderliche Aufmerksamkeit erfährt und die Argumente, die für eine weitergehende Besoldungserhöhung sprechen, von den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses bei ihrer Entscheidung über die Senatsvorlage in die Abwägung einbezogen werden.

Antrag der Fraktion Die Linke abgelehnt

Mit Unverständnis hat der dbb berlin deshalb auch die Beschlüsse des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung und des Hauptausschusses aufgenommen, die jeweils mit der Stimmenmehrheit von CDU und SPD den Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Tenor „Perspektive für die Berliner Beamtinnen

und Beamten – Besoldungsniveau bis 2017 angleichen“ abgelehnt haben. Der Antrag wurde von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Piraten unterstützt.

„Ich habe für diese Ablehnung überhaupt kein Verständnis und die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin genauso wenig. Ich kann mich nur dahingehend wiederholen, dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen des Landes Berlin keine verfassungsrechtlich anerkannte Begründung für eine Abkoppelung der Besoldung von der allgemeinen Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sein darf. Sonderopfer dürfen den Beamtinnen und Beamten zur Konsolidierung des Berliner Haushalts nicht auferlegt werden. Der dbb berlin wird sich auch weiterhin mit seinen Fachgewerkschaften nachdrücklich für die weitere Besoldungsanpassung einsetzen und als nächsten Schritt Gespräche mit den Abgeordneten des Petitionsausschusses suchen, um auch hier entsprechend zu überzeugen“, so der Vorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion berlin, Frank Becker.

dbb beamtenbund und tarifunion berlin

Der dbb berlin zieht um

Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) wird Anfang 2014 ein neues Domizil beziehen. Gefunden werden konnten Büroräume in unmittelbarer Nähe des derzeitigen Amtssitzes des Bundesministers des Innern in Moabit und in der Nähe des U-Bahnhofes Turmstraße. Diese neue Geschäftsstelle wird nicht nur ein moderner Verwaltungssitz des dbb berlin sein, sondern soll auch als Raum für Kommunikation dienen, das heißt, Sitzungen und Veranstaltungen können der dbb berlin und seine Fachgewerkschaften künftig in eigenen Räumen durchführen. In der nächsten Ausgabe des hauptstadt magazins werden wir ausführlicher – und dann auch mit Fotos – über die neue Landesgeschäftsstelle des dbb berlin berichten.

Die neue Anschrift ab 1. Februar 2014 lautet:

dbb beamtenbund und tarifunion berlin
Alt Moabit 96 a
10559 Berlin

Unverändert bleiben:
Tel.: 030.3279520
Fax: 030.327952-20

Kündigung eines Betriebsratsmitglieds bei der CFM

dbb berlin fordert unverzügliche Rücknahme

In Schreiben an die Aufsichtsratsvorsitzende, Senatorin Sandra Scheeres, das Mitglied des Aufsichtsrats, Senator Dr. Ulrich Nußbaum, und den Vorstandsvorsitzenden der Charité, Prof. Dr. Einhäupl, hat der dbb berlin scharf das Vorgehen der Leitung der Charité CFM Facility Management GmbH (CFM) gegen Gewerkschafter und Betriebsratsmitglieder kritisiert.

Hintergrund der Intervention des dbb berlin ist die fristlose Kündigung eines Betriebsratsmitglieds bei der CFM, dem vorgeworfen wird, sich in einer Betriebsversammlung kritisch gegenüber der CFM-Führung geäußert zu haben. Bereits in der Vergangenheit soll es immer wieder Einschüchterungsversuche der CFM-Führung gegenüber Betriebsratsmitgliedern und aktiven Gewerkschaftern gegeben haben, die sich kritisch geäußert hatten oder aktiv an Streikmaßnahmen beteiligt waren. Jetzt hat die CFM-Führung nach Feststellung des dbb berlin allerdings den Bogen überspannt.

„Die fristlose Kündigung eines Betriebsratsmitglieds werten wir nicht nur als Angriff auf unsere Mitglieder, die sich für die Gemeinschaft einsetzen, sondern darüber hinaus als Angriff auf die freiheitlich demokratische Grundordnung, dem wir als Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes entschieden entgegentreten“, kommentiert Frank Becker, Landesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin), diesen inakzeptablen Vorgang.

Der dbb berlin hat Senatorin Scheeres, Senator Dr. Nußbaum und den Vorstandsvorsitzenden der Charité, Prof. Dr. Einhäupl, aufgefordert, sich entschieden gegen eine derartige grundgesetzwidrige Politik einzusetzen und ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass die fristlose Kündigung unverzüglich – noch vor dem Gütetermin vor dem Arbeitsgericht am 9. Dezember 2013 – von der CFM-Führung zurückgenommen wird.

Frank Becker hatte Senator Nußbaum darüber hinaus bereits im Rahmen eines Gespräches zwischen dbb Landesleitung und Innensenator am 13. November 2013 über den Vorgang informiert. Nußbaum versicherte, der Angelegenheit nachgehen zu wollen. Der dbb berlin wird über den weiteren Fortgang aktuell berichten.

Meinungsaustausch mit Senator Czaja:

dbb Landesleitung kritisiert schleppende Gesetzgebung

Der Senator für Gesundheit und Soziales, Mario Czaja, will sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass der Gesetzentwurf zur Abschaffung der Praxisgebühr im Land Berlin endlich auch das Abgeordnetenhaus erreicht und zeitnah verabschiedet wird. Das ist das Ergebnis eines Gesprächs der Landesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) mit dem Senator am 29. Oktober 2013.

V. l. n. r.: Andreas Brauer (stellvertretender Landesvorsitzender gkl Berlin), Ferdinand Horbat (stellvertretender Landesvorsitzender dbb Berlin), Gesundheitssenator Mario Czaja, Frank Becker (Landesvorsitzender dbb Berlin), Bernd Raue (stellvertretender Landesvorsitzender dbb Berlin)

Der Berliner dbb Chef Frank Becker hatte bei dem Meinungsaustausch deutliche Verärgerung über die schleppende Behandlung des Änderungsvorhabens gezeigt, zu dem der dbb berlin bereits im August Stellung bezogen hat (vgl. September-Ausgabe des hauptstadt magazins).

Auch dienstrechtliche Themen verschleppt

Vom Senat verschleppt würden auch dienstrechtliche Themen, kritisierte die dbb Landesleitung weiter. So fehle es für die Berliner Beamten immer noch an verlässlichen Besoldungsperspektiven. „Seitens der betroffenen Beamtinnen und Beamten gibt es absolut kein Verständnis mehr dafür, dass sie weiter das bundesweite Schlusslicht in der Bezahlung sein sollen“, stellte der dbb Landesvorsitzende Frank Becker unmissverständlich klar. Unter Hinweis auf die Sondersparopfer, die die Beschäftigten im Rahmen des Solidarpaktes seit 2004 erbracht haben, forderte Becker: „Jetzt muss endlich damit Schluss sein. Die schlechte Haushaltslage, die immer wieder als Begründung herhalten soll, kann so schlecht ja gar nicht sein. Immerhin findet der Finanzsenator stets neue Gelder im Berliner Haushalt. Man darf auf den nächsten tatsächlichen Haushaltsabschluss gespannt sein.“

Im weiteren Verlauf des Gesprächs warnte die dbb Landesleitung vor den Folgen der unattraktiven Beschäftigungsbedingungen – insbesondere der schlechten Bezahlung – im öffentlichen Dienst und verwies in diesem Zusammenhang auf die wachsenden Schwierigkeiten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den öffentlichen Gesundheitsdienst zu gewinnen. Zahlreiche Amtsarztstellen im Land Berlin könnten schon jetzt nicht mehr besetzt werden.

Charité Facility Management scharf kritisiert

Schließlich wurde der Senator bei dem Gespräch, an dem auch der stellvertretende Landesvorsitzende der gkl berlin, Andreas Brauer, teilnahm, auf das unglaubliche Arbeitgeberverhalten der Charité Facility Management (CFM) aufmerksam gemacht. Brauer berichtete, dass einem Betriebsratsmitglied außerordentlich gekündigt worden sei, allein weil es sich auf einer Betriebsversammlung kritisch geäußert haben soll. Die Angelegenheit wird derzeit vor dem Arbeitsgericht verhandelt.

Nach Angaben von Brauer sei die Arbeitgeberseite der CFM auch in der Vergangenheit sehr rüde mit Betriebsratsmitgliedern – insbesondere während beziehungsweise nach den Streikmaßnahmen – umgegangen. Auch wenn der Gesundheitssenator nicht fachlich zuständig ist, zeigte er sich sehr interessiert an diesem Fall und nahm die diesbezüglichen Unterlagen der gkl berlin dankend entgegen. „Der Vorgang ist noch mit der Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Sandra Scheeres, kurzfristig zu erörtern“, so Frank Becker zu dieser Thematik.

V. r. n. l.: dbb Landesvorsitzender Frank Becker, Finanzsenator Ulrich Nußbaum, die stellvertretenden Landesvorsitzenden Bodo Pfalzgraf und Bernd Raue, Staatssekretär Klaus Feiler und der stellvertretende Landesvorsitzende Ferdinand Horbat.

Gespräch mit Finanzsenator Nußbaum

Die mangelnde Wertschätzung der politisch Verantwortlichen für die Arbeit der Berliner Beamtinnen und Beamten stand im Mittelpunkt eines Gesprächs der dbb Landesleitung mit Finanzsenator Ulrich Nußbaum am 11. November 2013.

Neuer Flyer

Sicherheitskompetenz stärken

Die Landesleitung des dbb berlin hat die Resolution des Landesgewerkschaftstages zum Thema „Sicherheitskompetenz stärken“ jetzt als Flyer herausgegeben.

Der Flyer wird den Abgeordneten des Abgeordnetenhauses, dem Senat und den Dienststellenleitern zur Verfügung gestellt, um notwendige Eigenschutzmaßnahmen von Mitarbeitern bei Bedrohungen, Angriffen und sonstigen Konfliktsituationen stärker in den Fokus zu rücken.

Der Flyer kann auch unter http://www.dbb-berlin.de/pdf/2013/131030_flyer_sicherheitskompetenz.pdf heruntergeladen werden.

Stellenhebungen im Justizvollzug – Erfolg des BSBD Berlin!

Die Regierungsfraktionen haben sich Mitte November darauf verständigt, die Stellenobergrenze im allgemeinen Justizvollzugsdienst von 31,5 Prozent auf 50 Prozent bei den A8er-Stellen anzuheben. Damit werden nach aktuellem Stand 375 Stellenhebungen im allgemeinen Justizvollzugsdienst schon in den Jahren 2014/15 umgesetzt. Weitere Stellenhebungen im allgemeinen Verwaltungsdienst, ebenfalls auf 50 Prozent nach A 8, werden zurzeit berechnet und sollen ebenfalls im nächsten Doppelhaushalt umgesetzt werden.

Damit erfüllen die Regierungsfraktionen die Forderung des BSBD, die finanziellen und strukturellen Probleme im Justizvollzug zu lösen und endlich die Anpassung an Polizei und Feuerwehr vorzunehmen.

„Wir freuen uns, dass unsere monatelangen Bemühungen endlich Früchte tragen und eine entsprechende Anpassung vorgenommen wird“, sagte der BSBD-Landesvorsitzende Thomas Goiny. Der BSBD Berlin wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die finanzielle Situation des Justizvollzugs verbessert wird. Dazu gehören die Forderung nach Anpassung der Vollzugszulage, der Schicht- und Wechseldienstzulagen, die Anerkennung von Vorberufszeiten und Qualifizierungen sowie die Umsetzung von Leistungszulagen und Leistungsprämien.

BSBD-Forderung erfüllt

Ausbildung mit Happy End!?

Alle Justizvollzugsbeschäftigten der ehemaligen Ausbildungslehrgänge 215 bis 221, die nach der Ausbildung nur als Tarifbeschäftigte weiterbeschäftigt wurden, werden in 2014 als Beamten übernommen. Das hat die zuständige Fachabteilung bei der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz mitgeteilt, die damit einer Kernforderung des BSBD Berlin für die Nachwuchskräfte nachgekommen ist.

Der BSBD Berlin hatte in intensiven Gesprächen mit allen Verantwortlichen die Übernahme aller in Ausbildung befindlichen Anwärterinnen und Anwärter gefordert, um die alarmierenden Personalabgänge der kommenden Jahre auch im Interesse der Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten wenigstens etwas abzufedern.

Im Laufe der Ausbildung der Lehrgänge 215 bis 221 hatte die Senatsverwaltung für Justiz die Regelung zur Verbeamtung lediglich für die Prüfungsnote 3,49 verändert. Massive Proteste des BSBD beim neuen Justizsenator Thomas Heilmann haben dann zumindest eine Weiterbeschäftigung durch Zweijahresverträge bis zur Verabschiedung des kommenden Doppelhaushalts 2014/2015 sichergestellt. Der hohe Verwaltungsaufwand dieses Verfahrens, das vor allem den grundsätzlich hoheitlichen Aufgaben des Justizvollzuges in keiner Weise gerecht wird, und auch die katastrophale Bezahlung und Einstufung der betroffenen Kolleginnen und Kollegen stießen jedoch auf heftige Kritik beim BSBD.

Bitterer Nachgeschmack

Mit der jetzt verfügten Übernahme aller Tarifbeschäftigten im allgemeinen Vollzugsdienst in ein Beamtenverhältnis auf Probe findet die unglückliche Regelung zwar ein Ende, ein bitterer Beigeschmack aber bleibt. Hat doch inzwischen eine beachtliche Anzahl von Justizvollzugsbeamten/-innen den Weg in eine bessere Bezahlung in anderen Bundesländern gesucht! Für den Berliner Justizvollzug ein bis dato unbekannter und alarmierender Vorgang!

Um weiteres personelles Ausbluten in den Anstalten zu verhindern, gilt es jetzt den nächsten Schritt zu tun und auch den ehemaligen Ausbildungslehrgang 222 zu verbeamten. Das Gleiche gilt für den ehemaligen Verwaltungslehrgang, der nunmehr seit zwei Jahren mit Tarifverträgen und peinlichen Verfahrensfehlern hingehalten wird.

Der BSBD Berlin wird auch hier nicht locker lassen und die politisch Verantwortlichen immer wieder mit dem Missstand konfrontieren.

Neue Ausbildungslehrgänge

Die Ankündigung der Justizverwaltung, im nächsten Jahr zwei neue Lehrgänge im Justizvollzug auszubilden, begrüßt der BSBD ausdrücklich. Ob die vorgesehene Anzahl von 40 Anwärterinnen und Anwärtern ausreicht, um den gesetzlichen Ansprüchen und den eigenen Sicherheitsvorgaben gerecht zu werden, wird die Aufgaben- und Stellenüberprüfung des Justizvollzuges der nächsten Monate zeigen und bleibt abzuwarten.

Der Verband Hochschule und Wissenschaft stellt sich vor

Der Verband Hochschule und Wissenschaft (vhw) ist die für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich zuständige Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion. Damit vertritt er die Interessen sowohl der Beamtinnen und Beamten als auch der Tarifbeschäftigten in Hochschule und Wissenschaft.

Als Mitglied in der Spitzenorganisation dbb wird der vhw bei allen Gesetzgebungsverfahren und Rechtsverordnungen zu Fragen des Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrechts für Beamte beteiligt, wirkt mit an Tarifverhandlungen für Tarifbeschäftigte und nimmt Einfluss auf die hochschulpolitischen Entscheidungsprozesse auf Bundes- und Landesebene.

Der vhw vertritt alle Hochschularten und steht allen Mitgliedern der Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen offen.

Wer ist der vhw Berlin?

Der vhw Berlin ist ein Berufsverband von Hochschullehrern, Mitarbeitern und Angestellten der Universitäten, Hochschulen sowie der wissenschaftlichen Einrichtungen in Berlin. Er ist parteipolitisch unabhängig und wirkt hochschulgruppen- und hochschulartenübergreifend.

Der vhw Berlin ist Mitglied des vhw-Bundesverbandes und des dbb Landesverbandes.

Was macht der vhw Berlin?

Der Verband wirkt an der Hochschul- und Wissenschaftspolitik des Landes Berlin aktiv mit. Insbesondere vertritt er die berufsbedingten rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Belange seiner Einzelmitglieder. Er gibt ihnen wichtige Informationen (zum Beispiel zu tariflichen und arbeitsrechtlichen Fragen) und gewährt ihnen Rechtsschutz im Rahmen der gültigen Satzung und der erlassenen Ordnungen. Die neuen Service-Zentren des dbb bieten dem vhw Berlin und seinen Mitgliedern unkomplizierte Rechtshilfe. Diese kann von der Beratung bis zum Musterprozess führen.

Gemeinsam mit den anderen vhw-Landesbänden koordiniert der vhw Berlin im vhw-Bund seine Aktivitäten. So können unsere Ziele leichter erreicht werden.

Der vhw Berlin führt Gespräche mit den Vertretern der Universitäten, Hoch- und Fachhochschulen, der Wirtschaft und insbesondere der Politik, um seinen wissenschaftspolitischen Zielstellungen Geltung zu verschaffen.

Der vhw Berlin setzt sich ein für motivierende Rahmenbedingungen für die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Er setzt sich für eine Wissenschaftspolitik ein, die den Prozess des Zusammenwachsens der Wissenschaftslandschaft Deutschland sowie deren Einbindung in die internationale „scientific community“ fördert.

Was fordert der vhw Berlin? Wofür setzt sich der vhw Berlin besonders ein?

- Abbau der Überlast
- Ausreichende Finanzierung
- Stärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit
- Förderung der Innovationsfähigkeit der Hochschulen
- Stärkung des wissenschaftlichen Mittelbaus
- Unbefristete Stellen bei Daueraufgaben in Lehre und Forschung
- Sach- und qualitätsbezogene Ausstattung und Besoldung zur qualifizierten Erfüllung der Aufgaben in Lehre und Forschung
- Erhöhung der Grundgehaltssätze und des Vergaberahmens in der W-Besoldung
- Einheitliches Professorenamt an Universitäten, Fachhochschulen und künstlerischen Hochschulen mit leistungsabhängigen Zulagen
- Für die Hochschulen der angewandten Lehre und Forschung fordern wir insbesondere:
  - Förderung der anwendungsorientierten Forschung
  - Verbesserung der Promotionsmöglichkeiten für qualifizierte Absolventinnen und Absolventen
  - Senkung der Regellehrverpflichtung an den Hoch- und Fachhochschulen

Verband Hochschule und Wissenschaft im Deutschen Beamtenbund

Landesverband Berlin

Vorsitzender:
Prof. Dr. K. Fuchs-Kittowski

Wiebelskircher Weg 12
12589 Berlin

Tel.: 030.648 93 05

Viele Baustellen der Bundespolizei in Berlin

Ganz im Zeichen der zahlreichen Baustellen bei der Bundespolizeidirektion Berlin standen die Diskussionen der diesjährigen Bezirksverbandshauptvorstandssitzung des erweiterten Vorstands der DPolG Bundespolizeigewerkschaft Bezirksverband Berlin/ Brandenburg und der Ortsverbandsvorsitzenden aus Berlin und Brandenburg. Gäste der Veranstaltung in Berlin waren Thomas Striethörster (Präsident der Bundespolizeidirektion Berlin), Ralf Roggenbuck (Vorsitzender des dbb brandenburg) und Bernd Raue (stellvertretender Vorsitzender des dbb berlin).

An einem Standort trifft der Begriff Baustelle sogar wortwörtlich zu, an dem mit dem wahrscheinlich längsten Flughafenbau in der Weltgeschichte!

Seit Monaten scheinen am Flughafen Berlin-Brandenburg „Willy Brandt“ (BER) alle Aktivitäten zu ruhen. Der Flugverkehr wird weiterhin über den Bestandsflughafen Schönefeld beziehungsweise Berlin-Tegel abgewickelt. Präsident Thomas Striethörster erläuterte dem Gremium den derzeitigen Stand auf den Flughäfen. Die Bemühungen um vernünftige Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten würden unter den herrschenden schwierigen Verhältnissen von der Bundespolizeidirektion weiter vorangetrieben. Ein Schwerpunkt stelle hier das Lagezentrum Einsatz (LEZ) in Schönefeld dar.

„Plan B“ für BER angeregt

Der Bezirksverband Berlin/Brandenburg der DPolG Bundespolizeigewerkschaft regte an, bei diesem schwierigen Themenfeld auch einen „Plan B“ für den Fall zu entwickeln, dass das Milliardengrab BER als Flughafenruine in die Geschichte eingehen sollte und die Flughäfen Schönefeld und Tegel weiterbetrieben werden müssen.

Bundespolizei in Brandenburg mit hohem Ansehen

Der Landesvorsitzende des dbb brandenburg, Ralf Roggenbuck, würdigte das hohe Ansehen der Bundespolizei in Brandenburg, das bei Veranstaltungen in den Grenzregionen, bei denen es um die dortige Sicherheitssituation gehe, immer wieder zum Ausdruck komme. Auch der Bezirksverband Berlin/Brandenburg der DPolG Bundespolizeigewerkschaft werde als belebendes Element der Verbandsarbeit innerhalb des dbb brandenburg geschätzt. Die Situation der Beschäftigten sowohl in den Bundespolizeiinspektionen an der Grenze zu Polen als auch auf dem Flughafen Schönefeld werde thematisiert.

Die Sitzungsteilnehmer regten an, beim dbb brandenburg einen Arbeitskreis Innere Sicherheit zu

installieren. Dort könnten dann gemeinsame Bundes- und Landesthemen, wie zum Beispiel der noch ausstehende Abschluss eines deutsch-polnischen Polizeivertrages, erörtert werden.

Raue: Viele gemeinsame Themenfelder

Der stellvertretende Vorsitzende des dbb berlin, Bernd Raue, erläuterte dem Gremium die Arbeit des im Mai 2013 neu gewählten Landesvorstandes.

Ferner gab er einen Abriss über die Sitzung der Tarifkommission des Gewerkschaftsdachverbandes dbb zur neuen Entgeltordnung TVöD Bund.

Raue verwies auf viele gemeinsame Themenfelder des dbb berlin und der DPolG Bundespolizeigewerkschaft. Höchst aktuell sei die Sicherheitsdebatte rund um den Berliner Alexanderplatz. Dort gebe es Zuständigkeiten, die sowohl in den Aufgabenbereich der Bundespolizei als auch in den der Landespolizei Berlin fallen.

Aussterbende Bundespolizeidirektion Berlin

Die Probleme der Bundespolizeidirektion Berlin lassen sich nach Einschätzung des Bezirkshauptvorstands nur lösen, wenn eigentlich „schon gestern“ neues Personal nach Berlin und Brandenburg zugeführt worden wäre. Denn bei dem derzeitigen Altersdurchschnitt der Beschäftigten von 48 Jahren entwickle sich die Direktion zu einer aussterbenden Spezies. Maßnahmen wie das Flexible Arbeitszeit Management (FAM) hätten in der Vergangenheit lediglich das vorhandene Personal anders auf die Dienststellen verteilt, die Mangelsituation aber nicht behoben. Ähnlich verhalte es sich mit den Abordnungen von den Bundespolizeiinspektionen Angermünde, Frankfurt (Oder) und Forst auf die Flughäfen Schönefeld und Tegel. Das Personal selbst sei in den letzten Jahren trotz Aufgabenmehrung, etwa bei der Sicherung der Baustelle des neuen Bundesinnenministeriums, nicht nennenswert aufgefrischt worden.

Hier müsse seitens des Bundesinnenministeriums sofort Abhilfe geschaffen werden!

Harald Schaefer

Neue Elterngeldbroschüre

Damit sich werdende Eltern nicht im Paragrafendschungel des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) verirren, hat die dbb bundesfrauenvertretung einen handlichen Ratgeber erstellt, der die wichtigsten Fragen zum Thema Elterngeld und Elternzeit beantwortet – zugeschnitten auf die Rahmenbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die Broschüre „Elterngeld/Elternzeit – Ratgeber für Beschäftige im öffentlichen Dienst“ steht als Download unter http://www.dbb.de/ueber-uns/frauen/publikationen/broschuere-elterngeld.html zur Verfügung.

„Ein handfester Skandal“

gkl berlin informiert Delegierte des SPD-Landesparteitages

Wieder einmal ist die gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin (gkl berlin) auf die Politik zugegangen und hat über ihre gewerkschaftliche Arbeit informiert. Auf dem Landesparteitag der SPD Berlin war die gkl berlin nicht nur durch die stellvertretende Landesvorsitzende Iris Mahlke als Ehrengast vertreten, sondern auch mit einem Infostand vor Ort.

V. l. n. r.: Bernhard Lange, stellvertretender Landesvorsitzender gkl berlin, Christoph Stemmler und Eberhard Hempel informierten die Delegierten des Landesparteitages der SPD Berlin.

Die gkl berlin informierte die zahlreichen interessierten SPD-Delegierten nicht nur über ihr breites Arbeitsspektrum als Interessenvertretung der Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes in Berlin, sondern machte auch auf die nicht hinnehmbare Besoldungspolitik für die Landesbeamtinnen und Landesbeamten mit ihrem aktuellen Informationsflugblatt „Ein handfester Skandal“ aufmerksam.

Die gkl berlin wird dieses Flugblatt im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Arbeit auf allen Berliner Personalversammlungen verteilen.

DJG-Gewerkschaftstag in Berlin

Emanuel Schmidt zum Bundesvorsitzenden gewählt

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) hat bei ihrem 21. Bundesgewerkschaftstag am 13./14. November 2014 in Berlin Emanuel Schmidt zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Margot Scherer, Helmut Leu, Sabine Wenzel und Karen Altmann gehören der Bundesleitung als stellvertretende Vorsitzende an.

Der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) hatte die Delegierten bereits im Vorfeld der Veranstaltung mit einem Grußwort in der DJG-Mitgliederzeitschrift in Berlin willkommen geheißen.

Das Veranstaltungsmotto
„DJG – die Stimme der Justiz“,

hatte der Berliner dbb Landesvorsitzende Frank Becker in dem Grußwort ausgeführt, sei gut gewählt.

Foto: Friedhelm Windmüller

V. l. n. r.: Frank Becker, Landeschef des dbb berlin, auf dem Bundesgewerkschaftstag der DJG mit dem neu gewählten Bundesvorsitzenden Emanuel Schmidt und Thomas Heilmann (Senator für Justiz und Verbraucherschutz Berlin).

„Denn wer gehört werden will, muss auch reden. Für die Probleme und Belange der Beschäftigten in der Justiz ist die DJG die Fachgewerkschaft innerhalb des dbb beamtenbund und tarifunion mit starker Stimme."

Die Mitglieder in der DJG könnten sich sicher sein, dass ihr Tagungsmotto gepaart mit dem dbb Slogan „Nähe ist unsere Stärke!" eine optimale Kombination für eine nachhaltige und wirksame Vertretung der Mitgliederinteressen ist.

Gewünscht hatte der dbb berlin der DJG im Vorfeld des Gewerkschaftstages erfolgreiche Beratungen, weise Beschlüsse und insbesondere offene Ohren bei den Politikerinnen und Politikern

„Denn es ist heute mehr denn je erforderlich, die Stimme sachlich aber auch lautstark zu erheben, um den politisch Verantwortlichen deutlich zu machen, wo den Kolleginnen und Kollegen vor Ort der Schuh drückt, damit diese für Abhilfe sorgen", so Frank Becker wörtlich in dem Grußwort.

Berliner Präventionspreis 2013:

„Gewalt hat keinen Wert. Du schon. Gemeinsam Prävention gestalten"

Zum mittlerweile 14. Mal hat die Landeskommission Berlin gegen Gewalt am 6. November 2013 den Berliner Präventionspreis verliehen. Im Mittelpunkt der diesjährigen Auslobung stand das Motto des Wertedialoges von Innensenator Frank Henkel: „Gewalt hat keinen Wert. Du schon. Gemeinsam Prävention gestalten".

Innenstaatssekretär Andreas Statzkowski (5. v. r.) und Innenstaatssekretär Bernd Krömer (links im Bild) gratulieren den Preisträgern des Präventionspreises 2013.

Damit wollte die Landeskommission bewusst einen Beitrag zur Unterstützung der Dialogreihe des Senators leisten.

„Gemeinsam Prävention gestalten – möglichst frühzeitig und mit gezieltem Übergangsmanagement" wurde das Thema näher umrissen. Hintergrund ist die Erkenntnis, dass die Vermittlung von sozialer und emotionaler Kompetenz eine gemeinsame gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die gleichzeitig einen umso höheren präventiven Wert besitzt, je früher sie ansetzt. Ausgezeichnet wurden daher Projekte, die mit pädagogischen Ansätzen die Vermittlung von zentralen gesellschaftlichen Werten zum Ziel haben – und dies möglichst frühzeitig und am besten mit positiven Vorbildern.

Bei seinem Grußwort erinnerte der Vorsitzende der Landeskommission, Staatssekretär Andreas Statzkowski, an den Hintergrund des Wertedialoges und damit auch des diesjährigen Präventionspreises: Die brutale und tödliche Gewaltattacke gegen den 20-jährigen Jonny K. im Jahr 2012 im Berliner Stadtzentrum. „Gewaltvorfälle wie diese machen uns sprachlos", so Statzkowski. „Unvorstellbares Leid auf der Seite der Angehörigen und Freunde – Mitgefühl, Verzweiflung, Kummer aber auch Tatendrang auf der Seite der Gesellschaft: Es gibt wohl kaum jemanden, den das Schicksal von Jonny K. unberührt gelassen hat". Der Staatssekretär wies zudem darauf hin, dass Jonny K. auch stellvertretend für andere Opfer stehe, die zu Tode gekommen sind oder denen unsagbares Leid durch Gewaltvorfälle widerfahren ist.

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb – beamtenbund und tarifunion – berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Mommsenstraße 58, 10629 Berlin, Telefon 030.3279520, Telefax 030.32795220, E-Mail: post@dbb-berlin.de. Einzelmitglieder des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt. Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, www.dbbverlag.de, kontakt@dbbverlag.de. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. ☎ 02102.74023-0, Fax 02102.74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra-Opitz-Hannen, ☎ 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, ☎ 02102.74023-712, Anzeigentarif Nr. 10, gültig ab 1. 10. 2012. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. Fotos: dbb berlin.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

„So drängt sich vielen von uns die Frage auf: An welcher Stelle im persönlichen Entwicklungsverlauf ist den Täterinnen oder Tätern ihre Menschlichkeit verloren gegangen?“, erklärte Statzkowski.

Die diesjährige Verleihung des Berliner Präventionspreises zeichnete sich einerseits durch die Verknüpfung mit dem Wertedialog des Senators aus. Andererseits wählte die Landeskommission aber auch ein abweichendes Veranstaltungsformat. Im Unterschied zu den bisherigen Preisverleihungen war es der Landeskommission nämlich ein Anliegen, den Preisträgern während der Veranstaltung mehr Raum zu geben. Sie sollten die Chance erhalten, das Programm durch eine Präsentation ihrer Projekte wesentlich mitzugestalten. Aus diesem Grund wurde auf Fachforen verzichtet. Einzig der renommierte Wissenschaftler Prof. Dr. Klaus Hurrelmann von der Berliner Hertie School of Governance hielt einen anregenden Impulsvortrag zum Thema „Mit wie viel Gewalt müssen moderne Gesellschaften leben?“

Die Preisverleihung wurde von Staatssekretär Statzkowski vorgenommen, dem es damit oblag, den mit 5.000 Euro ausgelobten ersten Preis an das Projekt „Schlägst du noch oder denkst du schon...?“ von der Carl-von-Ossietzky-Schule in Kreuzberg zu übergeben. Dieses gewaltpräventive Film- und Unterrichtsprojekt überzeugte die unabhängige Jury, da es den Initiatoren gelungen ist, durch Filmaufnahmen und in Rollenspielen bei den Schülerinnen und Schülern das Problembewusstsein für Gewalt spielerisch zu schärfen. Die Besucherinnen und Besucher des Präventionspreises konnten sich anschließend selbst ein Bild von den produzierten Filmszenen und deren beeindruckender Wirkung machen.

Auch die weiteren fünf Preisträger, die von der Jury aus den insgesamt 33 Bewerbungen ausgewählt wurden, stellten dem Publikum ihre Ansätze und Ziele vor. Ergänzt wurde das Programm durch Musikbeiträge des Pianisten Lasse Koslowski, so dass die Veranstaltung nicht nur äußerst informativ, sondern auch abwechslungsreich und kurzweilig verlief und einen angemessenen Rahmen für die Verleihung des Präventionspreises darstellte.

Übersicht der Preisträger der Berliner Präventionspreises 2013

1. Preis:
Projekt „Schlägst du noch oder denkst du schon ...?“ der Carl-von-Ossietzky-Schule Berlin-Kreuzberg

2. Preis:
Projekt „Startpunkt“ der Freien Hilfe Berlin e.V./Gangway e.V.

3. Preis:
Projekt „Gute Liebe – Schlechte Liebe“ der Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen (BIG)

Sonderpreis der Unfallkasse Berlin:
Projekt PiKiTa – Prävention von Gewalt in Kindertagesstätten von Bora e.V.

Sonderpreis der Initiative Schutz vor Kriminalität (ISVK):
Projekt „Kinder- und Jugendtreff Fairness, Präventionspartner im Sozialraum Altglienicke“ von dem Fortbildungsinstitut für die Pädagogische Praxis (Fipp e.V.)

Sonderpreis der Securitas:
Projekt „Nein zu Gewalt – egal wo!“ vom Stab 42 der Direktion 6 des Polizeipräsidenten in Berlin

Mitglieder der unabhängigen Jury:
Elisabeth Willkomm, Karin Bergdoll, Prof. Dr. Heinz Jankowiak und Sigurd Mehls.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Namen der Landesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion berlin wünsche ich Ihnen eine stressfreie Zeit im Dezember und geruhsame Feiertage. Schalten Sie einfach mal ein paar Tage ab und genießen Sie diese Zeit im Kreise Ihrer Lieben.

Für das Jahr 2014 wünsche ich Ihnen, Ihren Familien und Freunden alles erdenklich Gute, vor allen Dingen Gesundheit.

Ihr